

# Abteilung Planung und Rohbau

Montag, 11. Juni

# 2018

## Qualifikationsverfahren Allgemeinbildung

Schlussprüfung (SP) für 3-jährige Lehren, Serie B

---

# 3

## Lehrjahre

# B

## Grundwissen, Lesen, Schreiben, Grafiken

---

Kontrollnummer

---

Name

---

Vorname

---

Beruf

---

Klasse

---

Prüfung

**Total**

Maximalpunktzahl

**85**

Erreichte Punktzahl

---

**Note**

---

Unterschrift der Examinatorin / des Examinators

---

(Bei Note unter 4.0)

Unterschrift der Expertin / des Experten

---

# Informationen zur Prüfung

---

**Prüfungsinhalt** Sie werden sich während dieser Prüfung mit verschiedenen Aspekten der Allgemeinbildung befassen und dabei unterschiedliche Aufgabenstellungen bewältigen.

---

**Prüfungsdauer** Die Prüfungsdauer beträgt 120 Minuten.

---

**Aufgabentexte** Sie dürfen die Grafiken und Texte bearbeiten, indem Sie unterstreichen, übermalen etc. Die Bearbeitung wird nicht bewertet.

---

**Bewertung** Die Bewertung entspricht den Angaben (Punkten) am Anfang der jeweiligen Aufgabe.

<b>Punkte</b>		<b>Note</b>	
81.0–85.0		6.0	Qualitativ und quantitativ sehr gut
72.5–80.5		5.5	
64.0–72.0		5.0	Gut, zweckentsprechend
55.5–63.5		4.5	
47.0–55.0		4.0	Den Mindestanforderungen entsprechend
38.5–46.5		3.5	
30.0–38.0		3.0	Schwach, unvollständig
21.5–29.5		2.5	
13.0–21.0		2.0	Sehr schwach
5.0–12.5		1.5	
0.0–4.5		1.0	Unbrauchbar oder nicht ausgefüllt

---

**Verlangte Hilfsmittel** Schreibzeug (kein Bleistift), Markierstifte (mindestens drei Farben)

**Erlaubte Hilfsmittel** Gelber Duden und vergleichbare Wörterbücher; OR, ZGB, Gesetzessammlung

**Unerlaubte Hilfsmittel** **Die Benutzung von Handys, Tablets, Notebooks und Ähnlichem ist für die ganze Dauer der Prüfung untersagt.**

---

**2000-Watt-Gesellschaft (Richtzeit 15')**

**1.** 4.5 P je 0.5 P)  
**Im Jahr 2008 haben sich die Stimmberechtigten der Stadt Zürich zur 2000-Watt-Gesellschaft und zur Nachhaltigkeit bekannt. Ergänzen Sie mit Hilfe der Grafik 2 den folgenden Lückentext über die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft.**

Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft ist es, in der Schweiz den heutigen Leistungsbedarf von \_\_\_\_\_ Watt pro Kopf auf \_\_\_\_\_ Watt zu \_\_\_\_\_. Momentan verbraucht jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Schweiz im Durchschnitt rund \_\_\_\_\_ Mal \_\_\_\_\_ Energie und Ressourcen, als eine \_\_\_\_\_ Nutzung der natürlichen \_\_\_\_\_ voraussetzen würde. Am meisten werden wir uns in den Bereichen \_\_\_\_\_ und \_\_\_\_\_ einschränken müssen.

**2.** 4.0 P (je 0.5 P)  
**Überlegen Sie sich jeweils zwei mögliche Sparmassnahmen in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Ernährung und Konsum, die wesentlich dazu beitragen, um das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen. Antworten Sie aus Sicht einer Privatperson. Tragen Sie Ihre Ergebnisse in der Tabelle ein.**

Bereich	Sparmassnahme 1	Sparmassnahme 2
Wohnen		
Mobilität		
Ernährung		
Konsum		

Seitentotal Punkte \_\_\_\_\_

**Wohnen/Recht (Richtzeit 30')**

3.

Wenn es um Wohnen und Nachhaltigkeit geht, spielt auch der Wohnflächenverbrauch eine Rolle. Studieren Sie die Grafik 3 und 4 und lösen Sie die Aufgaben 3a bis 3b.

3a

1.0 P (je 0.5 P)

Nennen Sie die häufigste Haushaltsform und die Zunahme des Wohnflächenverbrauchs von 1980 bis 2016 pro Person in m<sup>2</sup>.

3b

1.0 P (je 0.5 P)

Nennen Sie zwei mögliche Ursachen für den höheren Wohnflächenverbrauch.

1.

2.

4.

Haushalte können in Wohneigentum oder zur Miete wohnen. Die meisten Schweizerinnen und Schweizer wohnen zur Miete (ca. 60%). Die Mietverhältnisse zwischen Mietern und Vermietern werden mittels Verträgen geregelt. Lösen Sie dazu die Aufgaben 4a bis 4c.

4a

1.0 P (je 0.5 P; pro falsch gesetztes Kreuz -0.5 P)

Kreuzen Sie an, welche der folgenden Personen gemäss dem Gesetzgeber einen Mietvertrag abschliessen kann. Ein falsch gesetztes Kreuz löscht ein korrekt gesetztes.

- Der 20-jährige deutsche IT-Spezialist Rüdiger Langendorf
- Der 17-jährige Lehrling Taulant Krasniqi
- Der 55-jährige und unter Beistandschaft stehende Jochen Bechler
- Der geistig behinderte Florian Fechtner, 48-jährig
- Die körperlich behinderte 18-jährige Tanja Schwerzmann

Seitentotal Punkte

**4b**

1.0 P (je 0.5 P)

Damit ein Vertrag zustande kommt, müssen abgesehen von der Handlungsfähigkeit weitere wichtige Grundvoraussetzungen erfüllt sein. Notieren Sie mindestens zwei Voraussetzungen.

1.

2.

**4c**

3.5 P (je 0.5 P)

Entscheiden Sie, ob die folgenden Aussagen zu Mietverträgen bei Wohnungen zutreffend sind oder nicht. Kreuzen Sie an.

	Richtig	Falsch
Ein Mietvertrag darf formfrei abgeschlossen werden.		
Wenn ein Vermieter einem Ehepaar kündigt, reicht es, wenn er die Kündigung einem der beiden Ehepartner zustellt.		
Der Mieter hat das Recht, vom Vermieter die Bekanntgabe des Mietzinses des Vormieters zu verlangen.		
Der Vermieter kann bis zu 4 Monatsmieten Kautions verlangen.		
Es dürfen ausschliesslich Nebenkosten in Rechnung gestellt werden, die im Mietvertrag aufgeführt sind.		
Wenn der Vermieter einen von mir gemeldeten Mangel nicht beheben lässt, kann ich sofort den Mietzins hinterlegen.		
Der Vermieter kann die Zustimmung zur Untermiete in jedem Fall verweigern.		

**5.**

**Die Firma Thomas & Co. besitzt diverse Immobilien und stellt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Mietwohnungen zur Verfügung. Zu den Mietern gehört auch Franz K. Dieser gönnt sich auf seinen 50. Geburtstag eine viermonatige Auszeit in Hawaii. Für diese Zeit hat er die Wohnung an einen ihm unbekanntem Geschäftsmann aus dem Ausland vermietet. Nach zwei Monaten auf Hawaii bekommt Franz K. einen Anruf von seinem Wohnungsvermieter. Er erfährt, dass der unbekanntem Untermieter seine Wohnung zu einem illegalen Bordell umfunktioniert hat.**

Seitentotal Punkte

**5a**

Lesen Sie den folgenden OR-Artikel und begründen Sie in vollständigen Sätzen, weshalb der Vermieter den Untermieter nicht per sofort aus der Wohnung schmeissen kann.

1.5 P (0.5 P für stimmige Antwort; für korrekten Ausdruck und korrekte Grammatik/Rechtschreibung im Satz je 0.5 P)

**Art. 257f**

- <sup>1</sup> Der Mieter muss die Sache sorgfältig gebrauchen.
- <sup>2</sup> Der Mieter einer unbeweglichen Sache muss auf Hausbewohner und Nachbarn Rücksicht nehmen.
- <sup>3</sup> Verletzt der Mieter trotz schriftlicher Mahnung des Vermieters seine Pflicht zu Sorgfalt oder Rücksichtnahme weiter, so dass dem Vermieter oder den Hausbewohnern die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht mehr zuzumuten ist so kann der Vermieter fristlos, bei Wohn- und Geschäftsräumen mit einer Frist von mindestens 30 Tagen auf Ende eines Monats kündigen.
- <sup>4</sup> Der Vermieter von Wohn- oder Geschäftsräumen kann jedoch fristlos kündigen, wenn der Mieter vorsätzlich der Sache schweren Schaden zufügt.

---

---

---

---

---

---

---

---

**5b**

Untermietverträge werden wie Mietverträge behandelt. Nennen Sie die reguläre Kündigungsfrist für Wohnräume und erläutern Sie in einem vollständigen Satz die Folge für diesen Fall.

2.0 P (0.5 P für richtige Frist und stimmige Folge; für korrekten Ausdruck und korrekte Grammatik/Rechtschreibung im Satz je 0.5 P)

---

---

---

---

---

---

---

---

Seitentotal Punkte

**5c**

2.5 P (je 0.5 P)

Die Rechtsordnung unterscheidet Öffentliches (ÖR) und Privates Recht (PR). Ordnen Sie die folgenden Beispiele mit Hilfe der grafischen Darstellung 5 zu.

	PR oder ÖR?
Die Polizei übermittelt der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen den Untermieter von Franz K. wegen illegalen Betriebes eines Bordells in einer Mietwohnung.	
Die Firma Thomas & Co. hat von der Zürcher Kantonalbank einen Kredit bekommen für die neue Wasseraufbereitungsanlage.	
Ein privater Bauherr ist nicht einverstanden mit den behördlichen Bauauflagen.	
Franz K. ist nicht einverstanden mit seiner Steuereinschätzung und legt Rekurs ein.	
Der Präsident des FC Schwamendingen schlägt vor, die Statuten anzupassen.	

**5d**

2.5 P (je 0.5 P)

Schreiben Sie auf, um welche Prozessarten es sich in den folgenden Fällen handelt:

A Strafprozess      B Zivilprozess      C Verwaltungsprozess

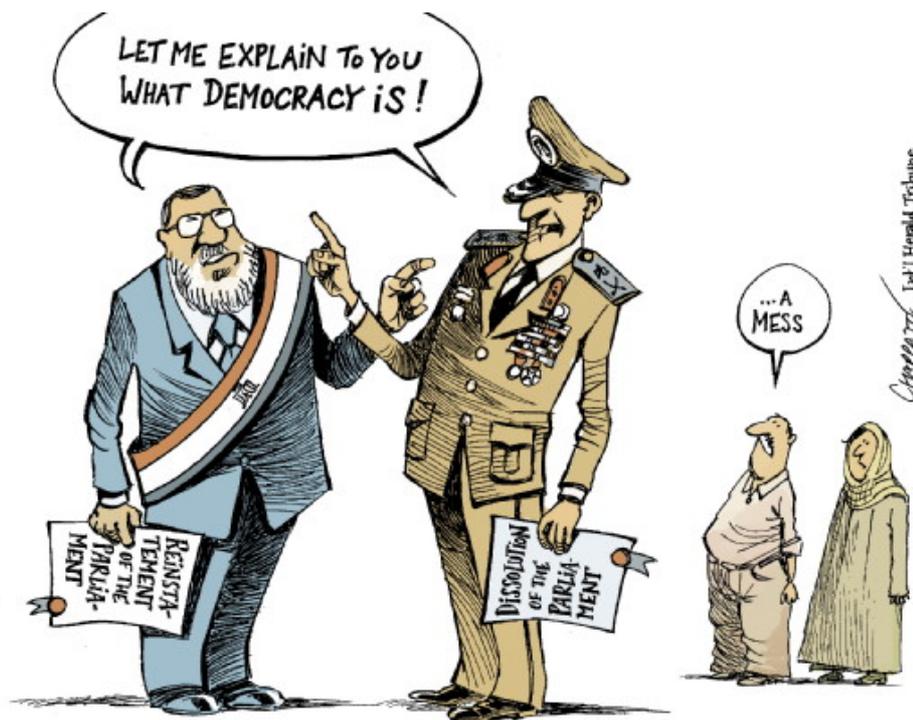
	Prozessart?
Die Polizei übermittelt der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen den Untermieter von Franz K. wegen illegalen Betriebes eines Bordells in einer Mietwohnung.	
Franz K. fordert vom Untermieter Schadenersatz für die Umtriebe, die ihm durch die unerlaubte Umnutzung seiner Wohnung entstanden sind.	
Franz K. ist nicht einverstanden mit seiner Steuereinschätzung und legt Rekurs ein.	
Ein Arbeitskollege von Franz K. war mit übersetztem Tempo innerorts unterwegs und hat einen Auffahrunfall verursacht. Das Opfer erstattet Anzeige und verlangt finanzielle Genugtuung für das erlittene Schleudertrauma.	

**Staat und Politik (Richtzeit 75')**

6.

Politik bedeutet auch Streit um Interessen. Dies illustriert die folgende Karikatur. «Lass mich erklären, was Demokratie bedeutet!» «... ein Durcheinander», steht in den Sprechblasen geschrieben.

Der *Präsident* hält ein Papier in der Hand, das sagt: «Wiedereinsetzung des Parlaments». Auf der Urkunde in den Händen des *Generals* liest man «Auflösung des Parlaments».



Quelle: Patrick Chappatte; [www.nytimes.com/2012/07/10/opinion/chappatte-cartoon-standoff-in-egypt.html](http://www.nytimes.com/2012/07/10/opinion/chappatte-cartoon-standoff-in-egypt.html)

6a

1.0 P (je 0.5 P)

Nennen Sie zwei Interessensgruppen, die in dieser Karikatur im Konflikt stehen.

---



---

6b

1.0 P (je 0.5 P)

Schreiben Sie auf, welche Regierungsform der Präsident und der General verkörpern, zumindest wenn sie selber so handeln, wie man das aufgrund des Texts auf ihren Papieren erwarten darf.

Präsident:

General:

---



---

Seitentotal Punkte

6c

6.0 P (je 0.5 P)

Sie sehen in der folgenden Tabelle vier Kriterien, mit denen sich Regierungsformen charakterisieren lassen. Nennen Sie je zwei Ausprägungen/Umsetzungen der jeweiligen Kriterien, die sich in den zwei Regierungsformen finden, für die die jeweiligen Figuren stehen. Orientieren Sie sich am Beispiel «Wahlen».

Kriterien	Regierungsform:	Regierungsform:
<b>Willensbildung</b>		
<b>Wahlen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• mindestens regelmässige, allgemeine und freie Wahlen des Parlamentes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• keine oder Scheinwahlen</li> <li>• eingeschränkte Zulassung zu den Wahlen (verbotene Opposition, Parteien usw.)</li> </ul>
<b>Rechtssystem</b>		
<b>Machtverteilung</b>		

Seitentotal Punkte

**6d**

Die Schweiz ist eine halbdirekte Demokratie. Erklären Sie die drei untenstehenden Begriffe jeweils in vollständigen Sätzen.

6.0 P (3 x 1.0 P für korrekte Erklärung;  
3 x 0.5 P für stimmige Grammatik/Rechtschreibung;  
3 x 0.5 P für sprachlichen Ausdruck)

Direkte Demokratie:

---

---

---

---

---

---

---

---

Indirekte Demokratie:

---

---

---

---

---

---

---

---

Halbdirekte Demokratie:

---

---

---

---

---

---

---

---

**7.**

**In einer Demokratie ist die Gewaltenteilung ein wichtiges Kontrollinstrument. Es kann dennoch vorkommen, dass Politiker versuchen über ihren Machtbereich hinaus Einfluss zu nehmen, wie der folgende Fall zeigt. Lesen Sie den folgenden Text und lösen Sie die Aufgaben 7a bis 7e.**

---

---

## Ständeräte schicken Brief ans Bundesgericht – und ritzen damit an der Gewaltenteilung

Wer die Geschwindigkeitslimiten um ein bestimmtes Mass überschreitet, muss seit 2013 zwingend zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt werden. Dieses Gesetz, der Raser-Artikel, soll jetzt wieder gelockert werden, um den Richtern mehr Spielraum zu geben. Die kleine Kammer stimmte im Dezember einstimmig einer Motion der Verkehrskommission mit dieser Forderung zu.

Jetzt wird bekannt, dass die ständerätliche Verkehrskommission das Bundesgericht zusätzlich in einem Brief aufgefordert hat, die Rechtsprechung bereits vor einer allfälligen Anpassung des Gesetzes zu ändern, da diese Gesetzesänderung frühestens in zwei Jahren in Kraft treten könne. «Die Kommission möchte (...), dass bereits vor dem Inkrafttreten der Anpassungen bei Raserdelikten Härtefälle möglichst vermieden und dem richterlichen Ermessen und der Berücksichtigung des Einzelfalls mehr Gewicht geschenkt werden können», heisst es in dem Schreiben. Kommissionspräsident Olivier Français (FDP/VD) dankt am Schluss des Briefs im Namen der Kommission dem Bundesgericht «im Voraus für die Berücksichtigung» des Anliegens.

Für Alt-Bundesrichter Giuseppe Nay verstösst das Schreiben gegen die Gewaltentrennung. Der Brief enthalte eine Anweisung an das Bundesgericht, wie es eine geltende Gesetzesbestimmung anwenden solle. Die Richter hätten aber nach den anerkannten rechtlichen Auslegungsregeln zu entscheiden und nicht nach solchen einer Parlamentskommission.

*SDA in NZZ, 12.1.2018, <https://www.nzz.ch/schweiz/staenderaete-schicken-brief-ans-bundesgericht-und-ritzen-damit-an-der-gewaltentrennung-ld.1346807>; Bearbeitung: Schlussprüfung Arbeitsgruppe*

### 7a

Entscheiden Sie, ob folgende Aussagen gemäss Text richtig oder falsch sind. Formulieren Sie falsche Aussagen so um, dass eine richtige Äusserung entsteht.

**Total 6.0 P**  
(Pro korrekten Entscheid 0.5 P,  
pro Korrektur 1.0 P)

1		Richtig	Falsch	0.5 P
	Seit vier Jahren ist der Raser-Artikel in Kraft.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				1.0 P

2		Richtig	Falsch	0.5 P
	Der Ständerat stimmte einer Motion zu, in der die Lockerung des Gesetzes gefordert wird.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
				1.0 P

Seitentotal Punkte

3	Richtig	Falsch	0.5 P
Der Ständerat hat das Bundesgericht aufgefordert, die Rechtsprechung bereits vor einer allfälligen Änderung des Gesetzes anzupassen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			1.0 P

4	Richtig	Falsch	0.5 P
Als Argument wird im Brief unter anderem die lange Dauer bis zur Gesetzesänderung genannt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			1.0 P

5	Richtig	Falsch	0.5 P
Der Präsident der ständerätlichen Verkehrskommission ist Mitglied einer liberalen Partei.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			1.0 P

6	Richtig	Falsch	0.5 P
Laut Giusep Nay sollen sich Richter beim Urteilen an den Vorgaben des Ständerats orientieren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			1.0 P

**7b**  
 Der ehemalige Bundesrichter Giusep Nay spricht von einem Verstoss gegen die Gewaltenteilung. Legen Sie in vollständigen Sätzen dar, inwiefern hier genau die Gewaltentrennung missachtet wird. Bauen Sie die Begriffe «Gesetzgebung» oder «Legislative» und «Gesetzesverstösse» oder «Judikative» in Ihre Antwort ein.

**3.0 P (1.0 P für stimmige Erklärung; für korrekten Ausdruck und korrekte Grammatik/Rechtschreibung im Satz je 0.5 P; Begriffe sinnvoll eingebaut je 0.5 P)**



Seitentotal Punkte

**7c**

Erläutern Sie in eigenen Worten und ganzen Sätzen den Zweck der Gewaltenteilung. Nennen Sie weiter zwei Kriterien, die garantieren sollen, dass das Ziel der Gewaltenteilung erreicht wird.

2.5 P (für Zweck und zwei Kriterien je 0.5 P; für korrekten Ausdruck und korrekte Grammatik/Rechtschreibung im Satz je 0.5 P)

[Redacted box]

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

**7d**

Im Text wird die dritte Gewalt nicht genannt. Nennen Sie deren Namen und notieren Sie stichwortartig zwei zentrale Aufgaben dieser Gewalt.

1.5 P (je 0.5 P)

[Redacted box]

Name:

.....

.....

Aufgaben:

.....

.....

**7e**

Im Text ist die Rede von einer Motion. Das ist ein Vorstoss aus dem Parlament. Notieren Sie den Namen einer Vorstossmöglichkeit, welche auch Bürgerinnen und Bürger haben, um neue politische Ideen anzuregen.

0.5 P

[Redacted box]

.....

.....

Seitentotal Punkte

[Redacted box]

8.

Eine weitere Frage, die sich stellt, ist der Sinn der Lockerung des Rasergesetzes. Um sich eine Meinung bilden zu können, hilft auch der Blick auf die Statistik. Studieren Sie die Grafik 1 und lösen Sie die Aufgaben 8a bis 8c.

8a

3.0 P (je 0.5 P)

Vervollständigen Sie aufgrund der Grafik die Lücken im Text.

Die Zahl der schwerverunfallten Insassen von Personenwagen hat zwischen 1992 und 2015 um \_\_\_\_\_ Prozent abgenommen. Gab es in den \_\_\_\_\_ Jahren noch gelegentlich einen Anstieg der Schwerverunfallten zu verzeichnen, sinkt die Zahl seit \_\_\_\_\_ kontinuierlich. In der Gruppe der Motorradfahrenden sind die \_\_\_\_\_ seit 1992 grösser. In den letzten Jahren ist bei den schwerverunfallten Motorradfahrenden jedoch ein Rückgang zu beobachten. Der Rückgang an Schwerverunfallten seit 1992 fällt aber mit rund \_\_\_\_\_ Prozent geringer aus als bei den Autofahrern. Am stärksten haben die schweren Unfälle mit Motorrädern im Jahr \_\_\_\_\_ zugenommen.

8b

1.5 P (je 0.5 P)

Insgesamt lässt sich bei der Entwicklung der Anzahl Schwerverunfallter im Strassenverkehr seit den 1970er-Jahren ein klarer Rückgang feststellen. Zwischen 1970 und 2015 sank die Zahl der Schwerverletzten um 79 Prozent, die Zahl der Toten im Strassenverkehr gar um 85 Prozent. Notieren Sie drei mögliche Gründe für diese positive Entwicklung in den letzten Jahrzehnten.

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

Seitentotal Punkte

8c

1.5 P (je 0.5 P)

Nennen Sie drei negative Entwicklungen im Strassenverkehr, welche die Zahl der Schwerverunfallten mittelfristig auch wieder ansteigen lassen könnte.

---



---



---



---



---

9.

Lesen Sie nun die nachfolgenden Ausführungen zu den geltenden Tempolimiten des Rasergesetzes und den geplanten Änderungen. Lösen Sie danach die Aufgaben 9a bis 9c.

### Das sind Raserdelikte

Erlaubte Geschwindigkeit	Raserdelikt	Überschreitung
30 km/h	ab 70 km/h	40 km/h
50 km/h (innerorts)	ab 100 km/h	50 km/h
80 km/h (ausserorts)	ab 140 km/h	60 km/h
120 km/h (Autobahn)	ab 200 km/h	80 km/h

#### So soll das Gesetz gelockert werden

Wird die Tempoüberschreitung fahrlässig und nicht vorsätzlich begangen, soll das Gericht Ermessensspielraum bekommen. Heute erhalten fehlbare Fahrzeuglenker ab einer gewissen Tempoüberschreitung automatisch eine Freiheitsstrafe von mindestens einem bis vier Jahren.

Die Mindestdauer von zwei Jahren Führerausweisentzug soll reduziert werden.

Die Regresspflicht der Versicherer soll in ein Regressrecht umgewandelt werden. Das heisst, dass Haftpflichtversicherer, etwa bei Alkohol- oder Raserdelikten, nicht mehr automatisch Regress nehmen.

Quellen Grafik/Text: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/das-kann-jedem-einmal-passieren-sind-mildere-straften-fuer-gewisse-raser-sinnvoll-132097457>; NZZ, 17.1.2018; Bearbeitung: Arbeitsgruppe Schlussprüfung

9a

5.0 P (je 0.5 P)

Studieren Sie mögliche Argumente für und gegen die Lockerung des Gesetzes und ordnen Sie die Argumente der jeweils passenden Seite zu.

	Argumente	Pro (für Lockerung) oder Kontra (gegen Lockerung)
1	«Über den geforderten Spielraum – zum Beispiel bei einer Notfallfahrt – verfügen die Richter bereits seit 2016. Damals entschied das Bundesgericht, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass ein Raser den Tempoexzess «nicht mit Vorsatz», sondern fahrlässig begangen habe.»	
2	«Das Strafgesetzbuch ist voll von Mindeststrafen, weil damit die Schwere eines Falles berücksichtigt werden kann. Da es sich bei der Raserei um die gesetzlich schwerste Verletzung von Verkehrsregeln handelt, ist eine Mindeststrafe sinnvoll. Und die Massnahmen wirken: Mindestens 17 Schwerverletzte pro Jahr gab es dank ihnen durchschnittlich weniger.»	
3	«Seit Jahren nimmt die Zahl der Verkehrstoten trotz steigendem Verkehrsaufkommen ab. Das ist hauptsächlich auf die bessere Sicherheitstechnik bei den Fahrzeugen und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zurückzuführen.»	
4	«Damit jemand unter den Raserartikel fällt, braucht es eine hohe Geschwindigkeitsüberschreitung, ein Tempo von über 200 km/h auf der Autobahn oder statt 80 km/h über 140 km/h ausserorts. Ich habe Mühe, mir da eine Fahrlässigkeit vorzustellen.»	
5	«Die jetzige Regelung ist zu starr. Eine einmalige Geschwindigkeitsübertretung kann wegen des zweijährigen Ausweisentzugs beispielsweise dazu führen, dass jemand die Arbeitsstelle verliert.»	
6	«Es gibt schlicht keine bessere Form der Prävention. Kein einziger Ersttäter muss zwölf Monate ins Gefängnis. Die Strafe wird standardmässig zur Bewährung ausgesetzt. Erst im Wiederholungsfall kommt zur neuen Strafe der Vollzug der «alten» Strafe dazu.»	
7	«Die Regelung der Regresspflicht hat für die Verkehrssicherheit keinen wirklichen Nutzen. Überhaupt verlieren krasse Geschwindigkeitsdelikte an Bedeutung, andere Widerhandlungen aber häufen sich (wie z. B. Unaufmerksamkeit und Ablenkung des Fahrers/der Fahrerin), da sollte Gleichbehandlung gelten.»	

Seitentotal Punkte

8	«Würde man die starren Tempodefinitionen streichen, würde das Gesetz nicht zahnlos. Im Gegenteil: man könnte auch einen, der in der 30er-Zone «nur» 39 km/h zu viel hatte, härter verurteilen. Es braucht Verhältnismässigkeit und Einzelfallgerechtigkeit.»	
9	«Härtere Strafen führen nicht zwingend zu einer höheren Verkehrssicherheit. Häufige Verkehrskontrollen erhöhen die Verkehrssicherheit mehr als scharfe Strafen.»	
10	«Die Regresspflicht abzuschaffen ist ein falsches Signal, der unfallverhütende Effekt verpufft. Durch die Abschwächung, wird generell vermittelt: Wenn sie dich erwischen, dann lassen sie mit sich reden. Das ist nicht sinnvoll.»	

**9b**

Entscheiden Sie sich für zwei Argumente, welche Sie besonders ansprechen. Notieren Sie jeweils die Nummer des ausgewählten Arguments und geben Sie den Inhalt in eigenen Worten wieder.

**3.0 P (für richtige Wiedergabe des Inhalts je 0.5 P; für korrekten Ausdruck und korrekte Grammatik/Rechtschreibung im Satz je 0.5 P)**



Nr.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Nr.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Seitentotal Punkte





**10. Unterstreichen Sie jeweils zwei Parteien, für die die untenstehenden Aussagen zutreffen.**

**6.0 P**  
(Pro Aussage: 1.0 / je 2 x 0.5 P)

1. Der Staat soll das Rasergesetz lockern, damit die Richter mehr Ermessensspielraum bekommen und so Härtefälle vermieden werden können.  
GP, SP, GLP, CVP, BDP, FDP, SVP

---

2. In den Stadtzürcher Quartieren soll es mehr Tempo-30-Zonen geben, zum Schutz der Wohnbevölkerung und zur Lärmentlastung.  
GP, SP, GLP, CVP, BDP, FDP, SVP

---

3. Der Staat soll umweltschädliche Treibstoffe verteuern (z. B. Heizöl, Benzin), um die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern (z. B. Sonne, Wind und Wasser).  
GP, SP, GLP, CVP, BDP, FDP, SVP

---

4. Der Staat soll weniger Geld für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Bahn, Bus, Tram) und mehr Geld für den Privatverkehr (Strassenbau) aufwenden.  
GP, SP, GLP, CVP, BDP, FDP, SVP

---

5. Die Stadt Zürich soll dafür sorgen, dass mehr zahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.  
GP, SP, GLP, CVP, BDP, FDP, SVP

---

6. Die Hauseigentümer/Vermieter sollen von der Pflicht befreit werden, den neuen Mietern mitzuteilen, wie viel ihr Vorgänger für die Wohnung bezahlt hat.  
GP, SP, GLP, CVP, BDP, FDP, SVP

Seitentotal Punkte

**Total Punkte Gesamtprüfung**